LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode / 10. Sitzung.
4. Sitzungsperiode 1929.

Stenographischer Bericht

über die am Mittwoch, den 4. Dezember 1929 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 40 Minuten vorm).

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn:

Min.-Direktor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlt entschuldigt:

Herr Kommerzienrat Dr. h.c. Hermann Röchling (DSV).

--

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor, sie lautet:

I. Bildung der Kommissionen;

II. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte;

2) Vornahme der statistischen Aufnahme der Viehbestände im Saargebiet;

3) Änderungen des Preußischen Knappschaftsgesetzes vom 17. Juni 1912, nebst Erlaß betr. Verwendung der reichsknappschaftlichen Zulagen gemäß § 33 der Abrede zwischen der Deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Angelegenheiten der Sozialversicherung des Saargebietes vom 13. Oktober 1927 (Amtsbl. S. 237);

3a)

3a) Änderung des Vierten Buches der Reichsversicherungsordnung;

3b) Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte nebst Erlaß betr. Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung;

4) Lehreranstellung;

5) Ermächtigung von Beamten der Jugendämter zur Aufnahme vollstreckbarer Verpflichtungserklärungen zum Unterhalt unehelicher Kinder;

6) Abänderung der Einkommen-, Gewerbe-und Umsatzsteuerverordnung;

7) Abänderung des Wechselstempelgesetzes;

8) Ermäßigung des Steuersatzes für Geldumsätze;

9) Einführung des bayrischen Gesetzes über die Erschließung von Baugelände vom 4.7.1923;

10) Erhebung einer Straßenbenutzungsgebühr von Kraftfahrzeugen.

Vorsitzender: Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Levacher das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Abg.Levacher (Z): Meine Herren! Namens aller Parteien des Landesrates mit Ausnahme der beiden Kommunistischen Fraktionen, habe ich folgende Erklärung abzugeben:

E r k l ä r u n g

betr.: Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche.

"Der Landesrat begrüßt es, daß endlich gemäß seinen langjährigen Forderungen die Verhandlungen betreffend Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche begonnen haben. Er spricht die dringende Erwartung aus, daß den einmütigen Wünschen der Bevölkerung des Saargebietes vollauf Rechnung getragen wird, und die Verhandlungen in dieser Hinsicht bald zu einem positiven Ergebnis führen. Er benutzt die heutige Plenarsitzung, um nochmals die Hauptforderungen der Bevölkerung des Saargebietes, die unbedingt beachtet werden müssen, in unzweideutiger Form zum Ausdruck zu bringen:

1. das ganze Saargebiet muß ohne jede Schmälerung zurück zum Deutschen Reich;

2.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 1

2. alle Gruben und Kohlenvorkommen müssen dem preußischen und bayrischen Staat zurückgegeben werden;

3. eine Beteiligung inländischen oder ausländischen Privatkapitals an den Gruben des Saargebietes muß ausgeschlossen bleiben;

4. Die Stichbahnen der ehemaligen Reichsbahn Elsaß-Lothringen müssen zurück in den Besitz des Deutschen Reiches.

Der Landesrat fordert, daß die Rückgabebedingungen so gestaltet werden, daß sowohl die Lebenssicherung der Gruben und der übrigen Wirtschaft wie auch die der ganzen Bevölkerung des Saargebietes vollauf gewährt wird. Er begrüßt es, daß die Preußische, die Bayerische- und die Reichsregierung sich entschieden für eine Lösung der Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche im Sinne der Forderungen der Bevölkerung des Saargebietes ausgesprochen haben.

Der einmütige Wille der ganzen Bevölkerung des Saargebietes, deren Dolmetsch die gewählte Vertretung des Landesrates bildet, ist es, daß nur gemäß diesen Forderungen die frühere Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche erfolgen darf.

(Bravo - Rufe !)

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

246

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub !

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Im Laufe der letzten Monate wird im Saargebiet eine nationalistische Propaganda entfaltet und zwar von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten mit einer gegenseitigen Konkurrenz; jeder will den besten Deutschen im Saargebiet darstellen. Wir Kommunisten lehnen es ab, mit diesen Leuten gemeinsame Sache zu machen. Wir weisen nach und zwar aufgrund historischer Tatsachen, daß Röchling und seine Anhänger, dessen Name sehr eng verbunden ist mit der Plünderung und Zerstörung Nordfrankreichs, kein Recht haben, im Namen der werktätigen Bevölkerung aufzutreten. Die Kommunistische Partei ist der Auffassung, daß eine klare Abgrenzung der Interessen der werktätigen Bevölkerung von dem allgemeinen Begriff der sogenannten „Volksinteressen", die im kapitalistischen Staat nur die Interessen der Bourgeoisie verkörpern, vorgenommen werden muß.

Ich möchte in den Vordergrund meiner Ausführungen eine Charakteristik setzen, die beweisen soll, wie die stärkste Partei des Saargebietes in einem Stadium als es noch gefährlich war, die Besetzung des Saargebietes 1919 behandelte. Ich habe hier ein Protokoll aus einer Sitzung des Jahres 1919, an welcher teilnahmen die Geistlichkeit und die Führung der Zentrumspartei, darunter auch der jetzige Vorsitzende der Zentrumspartei Steegmann. Aus dem Protokoll geht hervor, die Forderung für Abtrennung des Saargebietes, Aufbau eines Regimes, das besser sei als das preußische. Ferner ist die Stellung zu dem bekannten General Andlauer für die Politik des Zentrums sehr bezeichnend. Der Standpunkt des Zentrums geht aus folgendem hervor:

„.....Auferlegt durch die Grundsätze unserer katholischen Religion, welche befiehlt, der Behörde, die uns durch die Vorsehung gesetzt ist, gehorsam zu sein, die neue Regierung ohne Hintergedanken frei und aufrichtig zu unterstützen, von welcher die Katholiken hoffen und erwarten, daß sie besser als das alte preußische Regime die Rechte, Gewohnheiten und Gebräuche der Bevölkerung achten.

Die Vertreter der Katholiken sprechen einstimmig den Wunsch aus, daß in Anbetracht dessen, daß General Andlauer, Oberster militärischer Verwalter, sich um das Wohlbefinden der Saarbevölkerung verdient gemacht hat, indem er unter schwierigen Verhältnissen Rücksicht walten ließ, sich die Achtung, den Respekt und das Vertrauen erworben hat.

Wir ersuchen, diesen geschickten, wohlwollenden Soldaten in unserem neuen Lande in seinem Amte zu belassen."

gez.: Echelmayer, Subtil, Hansen, Backes, Schröder, Muth, Jordans, Steegmann, Koßmann."

Ich glaube, das Zentrum hat dadurch seinen separatistischen Standpunkt festgelegt. Die jetzige Politik beweist, daß die Zentrumspartei auf dem Gebiete der Wandlungsfähigkeit den größten Preis beanspruchen kann. Wir sind der Meinung, daß das Zentrum kein Recht hat, sich jetzt in den Vordergrund zu stellen, denn es hat 1919 bewiesen, was es für eine Politik treibt. Wir werden uns nicht auf

<u>das</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

347

das Gebiet der nationalistischen Propaganda treiben lassen. Wir stellen die Frage, was hat die werktätige Bevölkerung zu erwarten, wenn das Saargebiet zu Deutschland zurückgegeben wird, es verlacht die, die da glauben, daß dann alles in Honig und Butter fließt. Wir haben festzustellen, daß in Deutschland die Knechtung genau so vor sich geht, wie die Knechtung unter dem Doppeljoch deutsch-französischer Ausbeutung. In Deutschland haben wir 3 Millionen Erwerbslose zu verzeichnen, verlängerte Arbeitszeit, und die Auswirkungen des Youngplanes (Schmälerung der Erwerbslosenbezüge, Anziehen der Steuerschraube usw.) machen sich bereits bemerkbar. Dies geschieht unter Leitung einer Koalitionsregierung, einer sozial-faschistischen Regierung, in welcher die sozialdemokratischen Verräter aktiv die Aufträge der Trustbourgeoisie durchführen. Wir haben in Deutschland den schärfsten Terror gegen die Arbeiterschaft, wir haben trotz der Verfassung von Weimar das Verbot des Rotfrontkämpferbundes. Daß nun die werktätige Bevölkerung des Saargebietes in Deutschland ihr Vaterland nicht sehen kann, ist klar. Wir rufen die Arbeiterschaft des Saargebietes auf, der deutschen Republik den Kampf anzusagen. Diese kapitalistische Republik werden wir verraten und wir bekennen uns als die Hochverräter, ihr gilt der Kampf des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei bis zur Vernichtung und bis zur Schaffung eines Sowjetdeutschlands.

Ich habe im Namen der K.P.D. folgende Erklärung abzugeben:

E R K L Ä R U N G

der Kommunistischen Landesratsfraktion zur Frage der Rückgliederung des Saargebietes an's Reich.

Nach vierjährigem bewaffneten Kampf der imperialistischen Staaten untereinander, der Millionen von Proletariern Leben und Gesundheit kostete, wurden die Absatzmärkte und Rohstoffquellen der Welt einer neuen Aufteilung unterzogen. Die Gier nach der höchstmöglichen Profitrate diktierte den Versailler Friedensvertrag, in welchem auch die Schaffung des Saarstaates festgelegt ist. Die Saargruben wurden zur weiteren Ausbeutung dem französischen Staat zur Verfügung gestellt. Die Regierung des Saarstaates soll vom Völkerbund eingesetzt, als Treuhänder dieses Völkerbundes den Saarstaat verwalten d.h. die Ausbeutung der Saararbeiterschaft sichern. Die Werktätigen an der Saar hatten bis zum Jahre 1918 Gelegenheit, die Ausbeutungsmethoden und Praktiken der deutschen Bourgeoisie kennen zu lernen. Seit über 10 Jahren hat die Saarbevölkerung praktischen Anschauungsunterricht darüber, was es heisst von der „treuen Hand" derer verwaltet zu werden, die im Auftrage des Völkerbundes mit Säbelgerassel und Polizeiterror, Rationalisierung usw. die Profitrate des deutsch - französischen Ausbeutertums sichern wollen und müssen. Die Kommunistische Landesratsfraktion stellt fest, daß allein die Kommunistische Partei, die

<u>Werktätigen</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Werktätigen des Saargebietes zum aktiven Kampf gegen das Doppeljoch deutsch-französischer Ausbeutung aufrief und mobilisierte.

Gegenüber der nationalistischen Mache der Bourgeoisie und ihrer Lakaien (von Röchling, deutschnational bis zu Braun SPD) erklärt die Kommunistische Fraktion im Namen der klassenbewußten Arbeiterschaft, daß sie es ablehnt, mit diesen Leuten gemeinsame Sache zu machen. Die Saararbeiterschaft muß es konsequent ablehnen mit Parteien, deren Führer während des Krieges die ausgesprochenen Vertreter der Annektionspolitik und der Zerstörung ganzer Gebiete, wie Belgien und Nordfrankreich waren, zusammenzugehen. Die Kommunistische Fraktion spricht im Namen der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes, der Delegation der deutschen Bourgeoisie zur Saarkonferenz, sowie der sogenannten Saardelegation das Recht ab, in ihrem Namen aufzutreten, da sie nicht von ihr gewählt, noch von ihr beauftragt worden ist.

Die Kommunistische Partei ist der Auffassung, daß eine klare Abgrenzung der Interessen der werktätigen Bevölkerung von dem allgemeinen Begriff der sogenannten "Volksinteressen", die im kapitalistischen Staat nur die Interessen der Bourgeoisie verkörpern, vorgenommen werden muß. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie haben seit Bestehen des Kolonialregimes unter dem Protektorat des Völkerbundes keinen aktiven Kampf gegen das Doppeljoch deutsch-französischer Ausbeutung geführt, sie haben das System nicht nur unterstützt, sondern direkt gefördert. Sie selbst saßen und sitzen mit im Apparat und sind mitverantwortlich für die Knechtung und Ausbeutung der Schaffenden an der Saar. Mit Leuten, wie Röchling und seinem Anhang, deren Namen aufs engste mit der Plünderung und Zerstörung Nordfrankreichs, mit der Forderung der Annektion von Longwy und Briey verknüpft ist, hat das Saarproletariat nichts gemein.

Die Kommunistische Fraktion betont aufs schärfste, daß das Saarproletariat und alle Werktätigen in Stadt und Land, auch von der Rückgliederung an das deutsche Reich keine Besserung ihrer Lage zu erwarten haben, da sich die Ausbeutungs-und Unterdrückungsmaßnahmen der deutschen Kapitalisten und ihrem Staatsapparat in nichts von den der anderen Bevölkerung unter dem Doppeljoch deutsch-französischer Ausbeutung schmachtet, nimmt auch im übrigen Reich die Verelendung breiter Schichten der werktätigen Bevölkerung von Tag zu Tag zu. Verlängerte Arbeitszeit bei geringem Lohn, Millionen Erwerbslose, zum Leben nicht ausreichende Unterstützung für die Sozialrentner. Die Auswirkung des Youngplanes, der restlos auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung abgewälzt wird, machen sich bereits bemerkbar. Die Reichsregierung,unter Führung der Sozialdemokratie, hat bereits Kürzungen auf sozialpolitischem Gebiete vorgenommen und kündigt weitere an (Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung, Nachuntersuchung der Kriegsbeschädigten und Unfallrentner).

Die deutsche Arbeiterschaft, aus deren Knochen bereits die Profite für die deutschen Kapitalisten und für das internationale Finanzkapital herausgeschunden werden, soll steuerlich noch stärker belastet werden, durch die beabsichtigte Einführung einer Kopfsteuer. Diese kapitalistische Republik ist nicht das Vaterland der

L R Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

343

Werktätigen, sondern ihr gilt der Kampf des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei bis zur Vernichtung und bis zur Schaffung eines Sowjetdeutschlands.

Die Kommunistische Partei ruft die Werktätigen an der Saar zum Kampf auf unter folgenden Forderungen:

a) Schaffung eines Betriebsrätegesetzes, das die weitesgehenden Rechte der gewählten Vertreter der Arbeiterschaft im Betrieb garantiert.

b) Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden, im Bergbau auf 6 Stunden unter Tag.

c) Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Schaffung einer Erwerbslosenfürsorge mit ausreichender Unterstützung, ohne Karenzzeit, auf die Dauer der Erwerbslosigkeit, Kampf gegen die von der Reichsregierung durchgeführte Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung. Kampf gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz überhaupt, Kampf für die Erwerbslosenfürsorge auf Kosten der Unternehmer und des Staates.

d) Erhöhung der Renten der Sozialrentner.

e) Beseitigung der Lohn-und Gehaltssteuer sowie aller sonstigen, den Konsum belastenden Massensteuern.

f) Weitestgehende Unterstützung der Klein-und Zwergbauern, bei der Beschaffung von Saatgut- und Düngemitteln bei Wetterschäden und sonstigen Unglücksfällen, Bereitstellung von Notstandskrediten, die restlos den notleidenden Kleinbauern, Pächtern und Siedlern zugute kommen sollen. Abschaffung des Naturallohnes der Landarbeiter, Mobilisierung der Landarbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

g) Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für alle Kategorien gemeinsam mit dem deutschen Proletariat.

h) Schärfster Kampf gegen das Verbot des Roten-Frontkämpfer-Bundes sowie gegen alle Terrormaßnahmen des kapitalistischen Staatsapparates unter sozialfaschistischer Führung gegen die Organisationen des revolutionären Proletariats.

Auf der Grundlage des Internationalismus kämpft das deutsch-französische Proletariat gemeinsam gegen jegliche Annektion und gegen die Knechtung der werktätigen Massen. Mit der Beseitigung des jetzigen Zustandes, mit der Beseitigung der Kolonialregierung gilt es, die Kampfkraft des deutschen Proletariats gegen den deutschen Imperialismus, für die Eroberung der politischen Macht, für den Aufbau eines .Rätedeutschlands zu stärken.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

350

Mobilisierung aller Kräfte zum Kampfe für ein Vaterland der Arbeiter und armen Bauern, nach dem Vorbild der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Rußlands, die ein leuchtendes Vorbild der Völkervereinigung ist.

Das ist die Voraussetzung für die Zerreissung der Ketten des Versailler „Friedensvertrages" und aller ihm nachfolgenden Abmachungen, für die Zerreissung aller Verträge der Imperialisten zur Sicherung ihres Profits und der verschärften Ausbeutung der Werktätigen der Welt.

Es lebe der Kampf des internationalen Proletariats!
Für die proletarische Revolution!
Für die Union der Sowjetrepubliken der Welt!

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Die Kommunistische Fraktion, Opposition, ist der Meinung, daß im gegenwärtigen Moment, wo deutsche und französische Kapitalisten sich am Verhandlungstisch zusammengefunden haben, um über die Geschicke der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes zu kuhhandeln, es von außerordentlicher Wichtigkeit ist, einmal zu untersuchen, inwieweit diese Kapitalisten ihre eigenen Interessen oder die Interessen der Arbeiterklasse dabei wahrnehmen. Wir haben als oppositionelle Kommunisten unsere bisherigen Grundsätze, die wir jahrelang in diesem Hause vertreten haben, nicht geändert. Wir wissen genau, daß die Weltgeschichte in ihrem heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau nicht geändert werden kann durch diejenige herrschende Klasse, die die Mehrheit der Menschen unterdrückt und ausbeutet. Wir haben deshalb auch in erster Linie immer die Auffassung vertreten, daß die herrschende Klasse kein Recht hat, sich als die Vertreter der Arbeiterklasse aufzuspielen. Wir glauben, daß es heute einmal notwendig ist, in diesem Hause an Hand von Dokumenten nachzuweisen, wie in Wirklichkeit die Bestrebungen derjenigen Kreise zu verzeichnen sind, die heute maßgebend bei den Verhandlungen über die Saarliquidierung sind. Jedes politische Kind weiß, daß nicht die sogenannten demokratischen Regierungen die Frage der Saarrückgliederung entscheiden, sondern daß in erster Linie niemand anderes maßgebend ist, als die deutschen Industrie- und Finanzhyänen und ihre Freunde jenseits der Vogesen. Sie haben sich zusammengefunden, um eine Einigung über den Austausch von Kohlen und Erzen der Saar und Lothringen zu finden. Daß das so ist, beweisen eine Reihe von Tatsachen. Vor mir liegt eine streng vertrauliche Eingabe an die Oberste Heeresleitung vom Jahre 1917 vom Verein der deutschen Eisen-und Stahlindustriellen und vom Verein deutscher Eisenhüttenleute. In dieser Eingabe heißt es unter § 2 in der Überschrift:" Die Vorsorge für die Zukunft macht die Verlegung der lothringischen Grenze unumgänglich notwendig."- Und dann heißt es weiter:" Wir müssen jedenfalls unsererseits aus den Kriegserfahrungen die Folgerungen ziehen, daß wir für einen etwaigen künftigen Krieg nicht nur unsere Grenze, sondern auch die Quellen für unsere Wirtschaft vor feindlicher Vernichtung besser schützen als früher. In Lothringen wäre bei Beibehaltung der früheren Grenze leider nicht nur der ganze Bergbau und die industriellen Werke der feindlichen Vernichtung preisgegeben, sondern auch der überwiegend größte Teil des deutschen Stahlindustrie gefährdet und das Weiterbestehen des Deutschen Reiches in Frage gestellt. Das alles zeigt schon darauf hin, daß die Notwendigkeit der Verlegung der lothringischen Grenze weiter nach Westen außer Zweifel ist. Sie ist außerdem nötig, weil wir in den Bodenschätzen unseres Deutschen Reiches nicht mehr genug Eisenerze besitzen, um unsere Grubenindustrie und besonders die hochentwickelte Schwerindustrie und die weiterverarbeitende Industrie und damit unsere Arbeiterschaft für die Zukunft zu sichern.'- Dann heißt es weiter in diesem Dokument:" Für unsere Kriegsvorbereitung und Kriegswirtschaft wie für unsere Kriegsführung ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Erzzufuhr auch im Kriege gesichert ist. Das ist jedoch nur allein erreichbar

<u>durch</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

durch die militärische Besetzung und Beherrschung und die Einverleibung Französisch- Lothringens in das deutsche Reichsgebiet. Wenn es gelingen würde, für die deutschen Hochofenwerke die Zufuhr französischen Erzes sicherzustellen, so wäre dies nur für die Dauer der Friedenszeit. Denn sobald das Schwert gezogen ist, fliegen die Verträge in Fetzen zu Boden. Mit Rücksicht auf den Schutz der Hüttenwerke ist die neue Grenze soweit nach Westen zu verlegen, daß selbst die heutigen weittragenden Geschütze kein sicheres Ziel mehr finden können.

Meine Herren! Dieses Dokument ist eine Eingabe an die Reichsregierung vom Verein deutscher Eisenhüttenleute. Diesem Verein gehört auch ein Mitglied dieses Hauses an. Dieses Mitglied des Hauses- es ist der Industrielle Hermann Röchling - hat in der Vergangenheit bei den Saararbeitern die Dinge immer so darzustellen versucht, als wenn er nur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und zum Schutze ihrer Nationalität den Kampf gegen die französischen Konkurrenten führen würde. Vor mir liegt, um das Gegenteil zu beweisen, die „Völklinger Zeitung" mit dem Datum vom Dienstag, den 23. Juli 1918. In dieser Zeitung befindet sich eine Rede des Herrn Hermann Röchling, die er zu dieser Frage, der geheimen Forderung der deutschen Eisenhüttenleute gehalten hat. Er war selbst derjenige, der diesem Verein in maßgebender Stellung angehörte und dadurch selbst mit dessen Annexionsbestrebungen unterstützte. Das unterstrich er auch in dieser Rede, die er in Völklingen auf einem "Erbsensuppenfest" der Völklinger Hütte hielt. Und wie weit sein Annexionskreis ging und wie weit er sich Herr fühlte über alle die sogenannten Kleinbürger, die heute hier Resolutionen abgeben mit ihm für den Schutz der Unterdrückten, das beweist am besten folgender Auszug aus der Rede des Herrn Röchling. Als in Rußland die proletarische Revolution siegte und als der deutsche Imperialismus diesem proletarischen Staat das Schwert an die Kehle setzte, hat Herr Röchling diese Rede gehalten. Hören wir, was er sagt:

"Im Osten liegt zertrümmert am Boden das Zarenreich. Ein Reich so groß, wie nicht einmal das Römerreich des Altertums gewesen ist, niedergeworfen durch den Schlag unseres Schwertes. Von dort aus sollen und werden uns nun reichlich Nahrungsmittel zukommen. Die Nachrichten, die ich über den Stand der Ernte von dort erhielt, sind gute. Gut wird auch die Versorgung an Lebensmitteln werden."

Meine Herren! Ihre Vertreter waren diejenigen, die in Rußland Annexionsbestrebungen hatten, obwohl Rußland sich zur Wehr setzte. Hermann Röchling verlacht sie hier und sagt, es wäre törichties Geschwätz der Sozialdemokraten, als sie sich vergeblich gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk wendeten.

(Zuruf des Abg.Lieser(SP): Herr Röchling ist kein Kronzeuge für uns.)

Ich will Ihnen nur beweisen, welchen guten Bundesgenossen Sie in Herrn Röchling in der Frage der Vertretung der Arbeiterinteressen haben. Weiter sagt er hier in seiner Rede:

'Bedenken Sie, daß jenseits der Grenze die Fortsetzung der gewaltigen Erzlager von Longwy und Briey liegen, deren Bodenschätze wir in Lothringen für die heimische

<u>Industrieerzeugung</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Industrieerzeugung gebrauchen. Sind diese verbraucht,dann ist es unmöglich die Hüttenwerke an der Saar zu betreiben. Die Franzosen werden sie nicht gutwillig geben, damit die Zukunftsfrage der deutschen Industrie in unserem Sinne gelöst wird.

Damit ist bewiesen, daß diese Leute nicht das Recht haben, in dieses Haus zu kommen und gegen die Unterdrückung zu protestieren. Meine Herren! Man hat uns vorgeworfen, wir oppositionelle Kommunisten wären mit diesen Leuten einer Meinung. Dieser Tage hat es sich bewiesen, daß die deutschen Industriellen, die im Kriege alles erobern wollten, sich nicht scheuten, nach dem Kriege mit den französischen Eisenhüttenbesitzern über die gemeinsame Ausbeutung der Saargruben zu verhandeln. Kann man heute bestreiten, daß der preußische Landtagsabgeordnete Otto W o l f im Beisein von sechs anderen Herren diesen Standpunkt der Ausbeutung der Saargruben vertreten hat. Ich möchte fragen, war Herr Röchling nicht auch unter diesen sechs Herren? Hier sieht man, daß es diesen Leuten nur darauf ankommt, in diesen entscheidenden Verhandlungen ihren eigenen Geldbeutel zu sichern. Die Auswirkungen dieser Verhandlungen bekommen wir im Saargebiet zu spüren, in allen Betrieben sind Entlassungen und Kündigungen zu verzeichnen, Lohnreduzierungen werden vorgenommen und das Elendsbarometer steigt von Tag zu Tag. Im preußischen Landtag haben wir die Anfrage eingebracht, ob die Regierung die jetzt gültige Arbeitszeit beibehalten würde. Die preußische Regierung, in der in einflußreichen Stellungen Sozialdemokraten sitzen, ist uns die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben. Wir müssen die Frage genau untersuchen, welche Pläne vonseiten der Leute geführt werden, die in einflußreichen Ämtern sitzen und mit den Rückgliederungsverhandlungen zu tun haben. Es bestehen für die Arbeiterklasse große Gefahren bezüglich der Arbeitszeit und daß vielleicht ein Drittel der Arbeiterschaft arbeitslos wird. Arbeitslos! - ein Los, das viele noch nicht ermessen können, weil sie das bittere Los noch nicht geteilt haben, die ihre Familien,Frauen und Kinder darben sehen. Ein Los, das einem Drittel der Arbeiter beschieden ist. Der Landesrat hat sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen und nicht nur Erklärungen abzugeben. Wenn die Rückgliederung durchgeführt ist, dann wird man der Arbeiterklasse die Rechnung präsentieren über das, was man ihr beschert hat. Wir haben uns noch nicht gescheut, in allen diesen Fragen unsere Forderungen aufzustellen und wir sehen nach all den Dingen, wie sie sich entwickelt haben, daß es davon abhängt, wieweit die Arbeiterschaft an der Saar in der Lage ist, sich ihrer Haut zu wehren. In erster Linie ist es unbedingt notwendig, daß die Arbeiterklasse des Saargebietes restlos den Freien Gewerkschaften zugeführt wird und in diesen ein anderer Geist einzieht.

Die Kommunistische Fraktion (Opposition) hat ihren Standpunkt zur Saarfrage, den sie in den verflossenen Jahren durch ihre Vertreter im Landesrat zum Ausdruck gebracht hat, nicht geändert. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Kommunismus und wissen deshalb, daß eine endgültige Befreiung der Arbeiterklasse des Saargebietes von der kapitalistischen Ausbeutung nur in engster Gemeinschaft mit den deutschen und französischen Klassenbrüdern,

durch

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

durch den Sieg der proletarischen Revolution möglich ist.

Ohne diese Grundsätze im Geringsten außer Acht zu lassen, fordern wir aus Anlaß der zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten im Gange sich befindlichen Verhandlungen über die Liquidierung der Saarfrage für die Arbeiterklasse:

1. Die geschlossene Rückgliederung des gesamten Saargebietes an das Deutsche Reich.

2. Die Aufhebung sämtlicher Konzessionen, die an Privatunternehmer zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung erteilt wurden. Insbesondere ist die erteilte Konzession über die Ausbeutung der Warndtkohlenfelder null und nichtig zu erklären.

3. Die Rückgängigmachung aller bereits ausgesprochenen Kündigungen sowie die Wiedereinstellung der bereits entlassenen Arbeiter.

4. Gleichstellung der Löhne mit den Löhnen der im Reich beschäftigten Arbeiter.

5. Die strikte Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot von jeglichen Überstunden, für den Bergbau sowie für die Feuerarbeiter die Einführung der siebenständigen Arbeitszeit, für die Lehrlinge darf die Arbeitszeit einschl. Schulzeit 6 Stunden pro Tag nicht überschreiten. Unter keinen Umständen darf, soweit die Arbeitszeit im Saargebiet kürzer ist, wie im Reich, dieselbe verlängert werden.

6. Sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze um mindestens 50% , Zahlung der Unterstützung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit unter Fortfall der Karrenztage und Ausschlußsätze, Zuweisung ausreichender Mittel an die Kommunen zur Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge;

7. Alle durch den Versailler Vertrag geschädigten Arbeiter und Arbeitsinvaliden müssen dafür entsprechend ihres Lohn-bezw. Rentenausfalls eine volle Entschädigung erhalten.

8. Erhöhung der Bezüge der Sozial-& Kriegsrentner auf mindestens die gleiche Höhe wie im Reiche, ohne daß dadurch eine weitere Belastung für die Arbeiterklasse eintreten darf.

9. Sofortige Übernahme aller recihsarbeitsrechtlichen Bestimmungen, die eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zuständen im Saargebiet mit sich bringen.

10. Die Beseitigung aller Steuern, die die Arbeiterklasse und die kleinen Gewerbetreibenden belasten. Abwälzung aller Lasten auf die besitzende Klasse. Zuwendung der aufgebrachten Steuermittel an die Kommunen zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

Die Kommunistische Fraktion (Opposition) ist der Auffassung, daß das die wichtigsten Tagesforderungen sind, für die die Saararbeiterschaft sich in den Freien Gewerkschaften unter revolutionärer Führung mit den Kommunisten zusammenschließen muß zum Kampf gegen die jetzigen Verschacherungspläne der deutsch-französischen Kapitalisten.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4
1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg.Lieser (SP): Meine Herren! Wir haben uns schon bei Beginn der heutigen Sitzung eingehend über die Rückgliederung des Saargebietes unterhalten. Es sind verschiedene Ausführungen dazu gemacht worden, von denen man so das Gefühl hat, als hätte man nur den Befähigungsnachweis zu führen, daß man im Saargebiet seine Schuldigkeit getan habe. Ich möchte das wichtige Problem noch einmal aufrollen und dazu sagen, daß nach meiner und unserer Auffassung die Rückgliederung des Saargebietes unbedingt ihre Erledigung finden muß. Das ist das Problem, das wir im Saargebiet geschlossen zu lösen haben. Ich meine, jede Gelegenheit müssen wir ergreifen, um Mittel und Wege zu finden, dieses Problem zu lösen.

Zur Frage der

Erwerbslosenunterstützung

ist es selbstverständlich, daß wir für due Erwerbslosen eintreten, wenn es auch eine ganze Reihe von Personen gibt, die erklären, daß diese Unterstützungseinrichtungen aufgehoben werden müßten, weil sie von verschiedenen Seiten mißbraucht würden.

Meine Herren! Wenn von einem Mißbrauch der Erwerbslosenunterstützung die Rede ist, so können wir nachweisen, daß auch Unternehmer dazu übergehen, diese Einrichtung für sich in Anspruch zu nehmen, indem sie einfach dem Arbeiter gegenüber erklären:" Ich kann dir nur den und den Lohn geben und nebenbei kannst du ja noch stempeln gehen." Der Unternehmer benutzt also die Erwerbslosenfürsorge dazu, dem Arbeiter seinen vollen Lohn nicht zu bezahlen.

Um die Frage der Erwerbslosen noch einmal aufzurollen, so bin ich heute in der Lage, an einigen Beispielen nachzuweisen, wie man heute mit der Arbeiterschaft umgeht. Vor zwei Tagen meldeten sich auf dem Amt in Homburg zwei Leute, von denen der eine 46 und der andere 37 Jahre lang bei der Firma Gebr. Adt in Wörschweiler beschäftigt und die von dieser Firma nun entlassen worden waren. Der Zufall wollte es, daß der eine der beiden Arbeiter gerade an seinem 50.Geburtstag seine Entlassung bekam. Sie hören also, daß der Mann am Kündigungstage 50 Jahre alt geworden ist. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß er seit seinem 13.Jahre in dieser Firma arbeitete und ihr seine Arbeitskraft zur Verfügung stellte.

(Zuruf des Abg.Reinhard(KP): Das sind die Rückgliederungsmethoden der Kapitalisten!)

Der andere Arbeiter war 46 Jahre im Betriebe. Ich meine, da könnte allmählich der Gedanke auftauchen, daß man die älteren Arbeiter aus den Betrieben heraushaben wolle, um sie der Erwerbslosenunterstützung zuzuführen.

Ferner müssen wir uns dagegen wenden, daß die Regierungskommission eine große Zahl von Arbeitern verpflichten will, im Ausland zu arbeiten, und die Unterstützung verweigert, wenn sie nicht bereit sind, dieser

Verpflichtung

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

Verpflichtung nachzukommen. Dagegen müssen wir uns ganz energisch wenden, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß der Arbeiter durch die Regierungskommission nicht gezwungen werden darf, im Ausland zu arbeiten.

Ich möchte ferner daran erinnern, daß der Landesrat in einer seiner Sitzungen einstimmig beschlossen hat, die Regierungskommission zu ersuchen, die Erwerbslosenversicherung im Saargebiet einzuführen. Bis zum heutigen Tage hat man jedoch weder von der Erwerbslosenversicherung noch von einer anderen Verordnung über die Erwerbslosenfrage etwas gehört. Die Regierungskommission kommt aus Erwägungen und Prüfungen überhaupt nicht mehr zur praktischen Arbeit. Bis dahin, bis die Regierungskommission endlich dazu übergeht, aus den theoretischen Erwägungen herauszutreten und praktisch etwas zu leisten, müssen wir erneut die Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose verlangen. Besonders müssen wir uns für die Erhöhung der Ausschlußsätze einsetzen. Ganz besonders müssen wir jedoch heute die Regierung ersuchen, den Erwerbslosen eine einmalige Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Man spricht von dem Stichtag als dem 10.Dezember. Wir sind der Auffassung, daß der Stichtag so nahe wie möglich an den Auszahlungstag herangerückt werden muß, damit die Leute, die im Laufe des Dezember erwerbslos werden, auch etwas erhalten. Wir glauben, daß es vielleicht am richtigsten wäre, wenn man am Auszahlungstage einfach die doppelte Unterstützung auszahlte.

Aber darüber hinaus müssen wir unser Augenmerk auf die Ziele und Wege richten, wie der Erwerbslosigkeit gesteuert werden kann. Es gibt nur zwei Mittel: Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsbeschaffung. Aber dazu gehört eine bessere, eine gesunde Lohnpolitik. Wenn die Arbeiter infolge ihres schlechten Lohnes gezwungen werden, freiwillig länger zu arbeiten, um das zum Leben Notwendigste zu verdienen, so kann damit der Vermehrung der Erwerbslosigkeit nur Vorschub geleistet werden.

Aber im Vordergrund muß für uns die Forderung stehen: Arbeitsbeschaffung! Es gibt auch im Saargebiet noch Arbeit zu beschaffen, wenn die Regierung dazu übergeht, die produktive Erwerbslosenfürsorge im Saargebiet mehr zu habdhaben, als dies bisher der Fall gewesen ist. Denn Arbeitsbeschaffung ist nach unserer Meinung immer noch die beste Fürsorge, und deshalb möchten wir sie auffordern, der Regierungskommission zuzurufen, daß sie endlich einmal heraustrete aus ihrer Reserve, heraustrete mit ihrer Geldreserve, die sie hat, und diese Geldreserve einmal den Gemeinden zuführe,damit auch hier einmal produktive Arbeit geleistet werden kann. Ich meine, daß die Regierung verpflichtet ist, Arbeitsverdienstmöglichkeit und damit Brot zu geben.

Ich habe diese Ausführungen gemacht, um die Regierungskommission auch heute wieder daran zu erinnern, daß es ihre Pflicht ist, aus den theoretischen Erwägungen heraus zu treten und endlich eine praktische Tätigkeit zu beginnen.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer !

Abg.Kiefer (Z): Meine Herren! Ich möchte nur zwei kurze Bemerkungen zur Frage der Erwerbslosenfürsorge machen. Was zur Unterstützung der Erwerbslosen geschehen soll, ist von meiner Partei der Regierungskommission längstens mitgeteilt worden,sodaß ich heute nicht mehr näher darauf einzugehen brauche. Wir wünschen, daß der Stichtag möglichst günstig gelegt wird und daß eine einmalige Unterstützung vor Weihnachten gezahlt wird.

Die zweite Bemerkung betrifft die Frage, auf die der Herr Vorredner schon verwiesen hat. Wir haben bei den verschiedensten Gelegenheiten der Regierungskommission immer wieder gesagt, daß die beste Erwerbslosenfürsorge die Beschaffung von Arbeit ist. Wenn wir nun heute feststellen, daß ziemlich große Summen bei der Regierungskommission parat liegen, so können wir wirklich nicht verstehen, daß diese Mittel nicht in dem Sinne flüssig gemacht worden sind, um den Gemeinden aus ihrer Not herauszuhelfen, und zwar durch Wohnungsbauten, durch Herstellung von Schulhäusern, durch Kanal-und Wasserleitungsbauten, durch Ausbau von Straßen. Es wären sehr viele Arbeitsgelegenheiten geschaffen worden, wenn die Regierungskommission gemäß dem Wunsche des Landesrates und gemäß dem Wunsche unserer Partei diese Mittel den Gemeinden rechtzeitig zur Verfügung gestellt hätte. Und weil die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit immer noch die beste Erwerbslosenfürsorge ist, so richten wir heute wieder den letzten dringenden Appell an die Regierungskommission, die notwendigen Mittel sobald wie möglich in der geforderten Weise zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey (KP): Meine Herren! Die Kommunistische Fraktion des Landesrates hat bereits schon vor 8 Wochen eine Eingabe an die Regierung gerichtet zwecks Auszahlung einer einmaligen Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, und zwar in Höhe von 400 Franken für die Verheirateten und für jedes Kind und die Frau 50 Franken,und von 300 Franken für Ledige. Wenn auch diese Beträge bei der Not-und Elendslage der Erwerbslosen nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten, so verlangen wir doch die unverzügliche Auszahlung. Nur derjenige, der sich ein Bild machen kann von der ungeheueren Not und dem Elend der Erwerbslosen, wird Verständnis dafür haben, daß diese Forderungen tausendmal berechtigt sind. Aber beschämend ist es, daß die Erwerbslosen, wenn sie aus der Verzweiflung heraus auf die Straße gehen und für Lohn und Brot demonstrieren, daß dann diejenigen, die 4 - 6000 Franken Gehalt beziehen, Maßnahmen ergreifen, um die Erwerbslosen blutig niederzuschlagen. Wenn man die Ausführungen meines Vorredners Kiefer hört und erfährt die soziale Einstellung des Zentrums zu den Erwerbslosen, so ist es notwendig, daß man dem Abgeordneten Kiefer einmal die Stellungnahme seiner Partei bei der Beratung der Erwerbslosenfrage in Deutschland vor Augen hält.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

(Die Abgeordneten der Zentrumspartei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, die während der Reden der kommunistischen Abgeordneten den Saal verlassen hatten, nehmen ihre Sitze wieder ein.)

Vorsitzender: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein und kommen zu dem Punkt I

Bildung der Kommissionen.

Werden zu diesem Punkt Änderungen vorgeschlagen?

Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub !

Abg.Daub (KP): Wir beantragen, daß in der

4. Kommission anstelle des Abg. Reinhard = Abg.Daub,
6. " " " " Heckler = " Hey,
7. " " " " Weiß = " Heckler

gesetzt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KPO): Wir beantragen, daß die Kommissionen von unserer Fraktion wie folgt besetzt werden:

1. Kommission durch Abg. Reinhard,
2. " " " Weiß,
3. " " " Weiß,
4. " " " Reinhard,
5. " " " Reinhard,
6. " " " Weiß,
7. " " " Reinhard,
8. " " " Weiß.

Vorsitzender: Da sonst keine Anderungen vorgeschlagen werden, ist dieser Punkt erledigt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg.Schmoll (DWP): Meine Herren! Wir müssen noch Stellung dazu nehmen, wie die zwei Mandate des Landesrates in der Mietpreisfestsetzungskommission besetzt werden sollen. Bisher sind sie nur mit einem Mitglied besetzt gewesen. Es gibt hierfür zwei Lösungen, entweder wird die Kommission voll besetzt oder überhaupt nicht mehr. Ich stelle die Frage zur Diskussion. Nach der Auffassung unserer Partei ist das Mandat abgelaufen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher (Z): Meine Herren! Wie wir uns die Festsetzung der Mieten wünschen, haben wir anläßlich der Beratung der Wohnungsvorlage getan. Im übrigen vertritt unsere Fraktion den Standpunkt, daß alle Mandate des Landesrates in der Mietpreisfestsetzungskommission erloschen sind und daß eine

<u>Neuwahl</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Neuwahl notwendig wäre, wenn diese Posten wieder besetzt werden sollen. Wir sind der Ansicht,daß sie nicht mehr besetzt werden sollen und betrachten die Sache als erledigt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri(SP): Wir halten es für notwendig, in der Mietpreisfestsetzungskommission vertreten zu sein und zwar so lange, als die Wohnungszwangswirtschaft noch besteht.

Vorsitzender: Die Mietpreisfestsetzungskommission zählt nicht zu den Kommissionen, die heute zu wählen sind.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender: Wenn der Antrag gestellt ist, muß er auch erledigt werden !)

Wenn die Kommission noch einmal gewählt werden soll, dann muß die Wahl auf die Tagesordnung gesetzt werden.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender: Die Besetzung ist nicht mehr vorhanden!)

(Zuruf des Abg.Levacher: Sie steht heute nicht zur Tagesordnung.)

Vorsitzender: Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung betr.:

<u>Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte.</u>

Es ist seitens der Regierungskommission der Wunsch geäußert worden, die Vorlage heute schon zu verabschieden, da die Beisitzerwahlen zu den Gewerbe-und Kaufmannsgerichten noch im Monat Dezember stattfinden sollen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Wir stimmen der Verabschiedung der Vorlage zu, sprechen aber den Wunsch aus, daß in den §§ 2 und 3 der Vorlage anstelle der Zahl 33 000 die Summe eingesetzt wird, die in der Angestelltenversicherung als Versicherungspflichtgrenze neu festgesetzt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Wir hätten zum Ausdruck zu bringen, daß wir es bedauern, daß die Verordnungsentwürfe dem Landesrat so spät zugehen. Wir haben seit den Sommerferien gewartet und erhalten nun auf einen Schlag ein Bündel Verordnungsentwürfe. Nun wird an uns gepocht, diese möglichst rasch zu verabschieden. Wir sprechen heute den Wunsch aus, daß dies in Zukunft anders gemacht wird.

(Bravo- Rufe!)

<u>Das</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Wir stimmen der Vorlage zu, nicht aber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hoffmann!

Vorsitzender: Da sich kein Widerspruch erhebt, ist die Vorlage einstimmig angenommen mit dem Zusatz des Herrn Hoffmann, dem Herr Abgeordneter Schmoll nicht zustimmt.

Vorsitzender: Wir kommen nun zum Punkt 2 der Tagesordnung betr.:

Vornahme der statistischen Aufnahme der Viehbestände im Saargebiet.

Diese Vorlage, die ebenfalls heute verabschiedet werden soll, kommt reichlich spät, da die Zählung bereits stattgefunden hat.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender (SP): Ist kein Protest des Viehes eingegangen ?)

- Heiterkeit -

Da sich kein Widerspruch erhebt, ist die Vorlage als einstimmig angenommen, verabschiedet.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg.Hey (KP): Meine Herren! Die Zentrumspartei hat bei Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Reichstag den Antrag gestellt, die Erwerbslosensätze

von	22.05	auf	15,75
"	25,20	"	18,90
"	28,30	"	20,05
"	31,50	"	28,--
"	37,80	"	31,50

herunterzusetzen. Nun stellt man sich vor das Forum des Landesrates und zeigt den Erwerbslosen gegenüber sein soziales Herz. Ich spreche den bürgerlichen Parteien bis zu den Sozialdemokraten das Recht ab, auch nur das Wort "erwerbslos" in den Mund zu nehmen.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich möchte doch bitten, den Mitgliedern des Hauses das Verständnis für die Lage der Erwerbslosen nicht abzusprechen.

Abg.Hey(KP) fortfahrend: Ich sage es deswegen, weil die Parteien nur in öffentlicher Sitzung ein soziales Herz haben,das aber am grünen Tisch ein anderes Gesicht hat. Wir lehnen die Einführung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes ab, weil die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nur zu Lasten der Arbeiter gehen. Nun versucht man der Sache ein soziales Mäntelchen umzuhängen,in dem man sagt, daß der Unternehmer seine Beiträge zahlt, aber verschweigt, daß dem Unternehmer sämtliche Möglichkeiten gegeben sind, die Akkordsätze herabzusetzen, um sich schadlos zu halten. Eine solche Versicherung lehnen wir ab. Wir fordern eine Arbeitslosen<u>versorgung</u> auf Kosten des Unternehmertums und des Staates. Trotz guter Geschäftsabschlüsse werden Steuern gestundet und riesenhafte Profite von dem Unternehmer eingesteckt.

(Abeordneter Becker (Z) lacht!)

Vielleicht sind Sie so ehrlich und geben das zu, Herr Becker!

(Zuruf des Abg.Becker: Ich lache, weil Sie Witze machen !)

Natürlich, was wir sagen, sind alles Witze!

Nun zur Sache des Arbeitslosenproblems selbst. Wir haben im Saargebiet ein Gesetz betr. Erwerbslosenfürsorge. Wie nun die Arbeitslosen von diesem Gesetz bedacht werden, davon möchte ich ein Beispiel anführen. Ein Arbeitsloser mit Frau und Kind erhält pro Monat 450.-Franken Unterstützung. Zieht man aber die Kosten für Licht und Kohlen ab so bleiben 234.-Franken geteilt durch 3 = 78nFranken pro Kopf der Familie und 2,51 Franken täglich. Angesichts dieser Zahlen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß unter diesen Umständen die Arbeitslosen, wenn sie an einer Metzgerei oder einem Lebensmittelgeschäft vorbeigehen handgreiflich werden, ist verständlich. Beschämend dabei ist, daß man nicht die wirklich Schuldigen auf die Anklagebank bringt, sondern den Erwerbslosen, weil er

<u>seinem</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

seinem Hunger Abhilfe schaffen wollte. Wir haben deshalb heute folgenden Antrag einzureichen:

1) Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze um 50 %;

2) Auszahlung einer einmaligen Winterbeihilfe für Erwerbslose, Sozial-und Kleinrentner in Höhe von 400 Franken für Verheiratete, für Frau und Kind je 50 Franken, Ledige 300 Franken;

3) Bereitstellung von 40 Millionen Franken für die Gemeinden zur Erstellung von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern, Verkehrswegen, Kanalisations=und Straßenregulierung;

4) Zahlung der Erwerbslosenunterstützungssätze für die Dauer der Erwerbslosigkeit;

5) Verbot jeder Überstunde, strikte Durchführung des Achtstundentages und weitere Verkürzung der Arbeitszeit;

6) Beseitigung der Karenzzeit der Ausschlußsätze und der Bedürftigkeitsprüfung;

7) Lieferung von Lernmittel und Milch für Kinder auf Kosten der Regierung. Abgabe von Lebensmittel, Kohlen, Strom und Gas zu ermäßigten Preisen;

8) Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse als Vertreter der Erwerbslosen in allen ihren Angelegenheiten auf den Wohlfahrts-, Arbeits-und Landesämtern;

9) Auszahlung einer monatlichen Beihilfe in Höhe von 150.-Franken für die auf Grube Charles in Klein= Rosseln geschädigten Bergleute, die durch die Explosion arbeitslos wurden und unter viel schlechteren Bedingungen auf den elsaß-lothringischen Gruben Arbeit aufnehmen mußten, sowie Übernahme des Fahrgeldes.

Die letzte Forderung gilt für sämtliche in Elsaß-Lothringen beschäftigten Arbeiter aus dem Saargebiet.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg.Weiß(KP) Meine Herren! Ich habe zu erklären, daß mein Parteifreund Reinhard zur Frage der Erwerbslosen Stellung genommen hat. Er hat die Forderungen, die wir nach wie vor aufrecht erhalten, unterstrichen. Im übrigen unterstützen wir die Forderungen, die der Abg.Hey vorgebracht hat.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

364

Vorsitzender: Die übrigen Vorlagen d. h. die Punkte 3 bis 9 der Tagesordnung sind in die Kommissionen zu verweisen. Es ist vorgeschlagen, die

3.	Vorlage	in	die	7. Kommission,
4.	"	"	"	4. "
5.	"	"	"	8. "
6.	"	"	"	1.und 3. "
7.	"	"	"	1.und 3. "
8.	"	"	"	1.und 3. "
9.	"	"	"	2. Kommission

zu verweisen.

Die Vorlage 10 betr. Erhebung einer Straßenbenutzungsgebühr für Kraftfahrzeuge stammt noch aus der letzten Sitzungsperiode und ist noch in der Kommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Sitzung(11 Uhr vorm).

- o O o -

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I